

Mehr Geld, mehr Betreuung, mehr Bildung für Kinder und Eltern - Kabinett verabschiedet das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) - Laschet: Anregungen der Verbände sind im Konsens aufgegriffen worden

22. Mai 2007

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration teilt mit:

Das Kabinett hat heute (22. Mai 2007) das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) verabschiedet. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg, Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen. Außerdem löst die Landesregierung damit ihr Versprechen ein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich zu verbessern.

Das neue Kinderbildungsgesetz bringt Kindern und Eltern Verbesserungen, die seit langem notwendig sind, von der Vorgängerregierung jedoch nicht konsequent angepackt wurden. Dies sind:

- \* die Stärkung der Bildungs- und Erziehungsarbeit im frühen Kindesalter
- \* ein umfassender Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren
- \* die Sicherung einer vielfältigen Angebotsstruktur
- \* eine Orientierung der Betreuungszeiten am unterschiedlichen Bedarf der Familien
- \* die Pauschalisierung des Finanzierungssystems. Damit wird die Finanzierungsstruktur klarer, übersichtlicher - und bleibt dennoch planungssicher
- \* die Sicherung der pädagogischen Qualität in den Tageseinrichtungen und
- \* die Aufwertung der Kindertagespflege als gleichwertige Alternative zu den Tageseinrichtungen

Außerdem setzt die Landesregierung mit dem Gesetz neue Akzente, die ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen braucht:

1. Erstmals werden die Kommunen vom Land bei der Kindertagespflege finanziell unterstützt. Für diese Gleichwertigkeit schafft die Landesregierung mit KiBiz die rechtlichen und finanziellen Grundlagen. So können Tagesmütter und Tagesväter in den Kommunen entsprechend qualifiziert oder ihre Alterssicherung finanziert werden.
2. Erstmals wird die frühe Sprachförderung durch zusätzliche Maßnahmen kindgerecht ermöglicht und finanziert. Alle Kinder sollen spätestens bis zum Schuleintritt die deutsche Sprache so beherrschen, dass sie unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen haben.
3. Erstmals erhalten die neuen Familienzentren mit KiBiz eine gesetzliche Grundlage. Dies bedeutet, dass mit dem landesweiten Ausbau von 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren bis zum Jahr 2012 wohnortnah Betreuung, Bildung und Beratung gebündelt werden kann und Eltern bei ihrer Erziehungsarbeit unterstützt werden, weitere Hilfen und Angebote bei der Kinderbetreuung oder passgenaue Familienbildungsangebote erhalten.

Minister Laschet: "Ein solch großes Projekt braucht die Mitwirkung und den guten Willen aller Beteiligten. Ich bin froh, dass im Konsens mit allen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und kommunalen Spitzenverbänden eine Finanzierungs- und Qualitätsgrundlage erarbeitet werden konnte. Insbesondere die letzten Wochen sind noch einmal genutzt worden, um etwaige Missverständnisse auszuräumen, denn es ist der Sinn einer Verbändeanhörung, Bedenken aufzugreifen, Missverständnisse zu klären und Präzisierungen vorzunehmen."

Die Verbände hatten insbesondere kritisiert,

- \* dass durch den Haushaltsvorbehalt keine bedarfsgerechte Umsetzung des Gesetzes erfolgen könnte. Das Land hatte sich aber schon im Referentenentwurf zur gemeinsamen Verantwortung bekannt. Mit der jetzt gefundenen Formulierung wird es eine gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen bei der bedarfsgerechten Umsetzung des Gesetzes geben.
- \* dass das Land eigenständig Kindpauschalen festlegen kann. Vorgesehen war, bei erforderlichen Veränderungen eine rasche Anpassung - in Abstimmung mit den Trägern - vorzunehmen. Die Träger bevorzugten aber das langwierigere Verfahren einer Gesetzesänderung. Diesem Wunsch kommt die Landesregierung entgegen.
- \* dass die Fachkräfteausstattung der Gruppen nicht definitiv geregelt war. Hier ist eine Klarstellung erfolgt.
- \* dass die Revisionsprüfung in §28 Abs. 2 nicht hinreichend geklärt war. Deshalb wird dies nun noch präziser und ausführlicher formuliert.
- \* dass es zu wenig Verbindlichkeit bei der Finanzierung der Spitzmieten gegeben hat. Hier stellt der Regierungsentwurf klar, dass dies gesichert ist.

Das Land stellt für die Förderung der Kinder im kommenden Jahr 2008 insgesamt 959 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind rund 140 Millionen Euro mehr als in 2007. Minister Laschet: "Bereits im Jahr 2009 werden wir die Grenze von einer Milliarde Euro überschreiten. Soviel hat noch keine Landesregierung vorher für die frühe Förderung von Kindern ausgegeben."